

2 Tagesordnung

außerordentliche Sitzung des Gemeinderates am 11. April 2019

1. Misstrauensantrag gegen Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio gemäß § 27 iV § 25 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967

Graz, 11. April 2019

Für den Bürgermeister:

Dr. Erika Zwanzger

2.1 To 1) Misstrauensantrag

Originaltext des Antrages:

Misstrauensantrag, eingebracht von Klubobmann Karl Dreisiebner sowie den GemeinderätInnen der Gemeinderatsklubs von Grünen-ALG, KPÖ und SPÖ sowie GR Niko Swatek

Die unterzeichnenden GemeinderätInnen bringen gemäß § 25 in Verbindung mit § 27 des Statuts der Landeshauptstadt Graz einen Misstrauensantrag gegen Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio ein und begründen diesen Antrag wie folgt:

Mit der Spende des rechtsextremen Terroristen von Neuseeland an die Identitären gelangte diese Bewegung und deren enge ideologische, organisatorische und personelle Vernetzung mit der Freiheitlichen Partei Österreichs erneut in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Identitäre Bewegung hat ihren Ursprung in Frankreich, wo sie 2012 gegründet wurde. Ableger gibt es seit 2013 in Österreich und seit 2014 in Deutschland. Die Identitären sind Teil des Spektrums der sogenannten „Neuen Rechten“, deren Anhänger sich zwar vom Nationalsozialismus abgrenzen, aber dennoch eine rechtsextreme Ideologie vertreten.

„Ein hervorzuhebendes Merkmal der Neue Rechten liegt in der bewussten Verschiebung von klassisch rechtsextremen Deutungen und Argumentationsmustern. Historisch belastete Begriffe wie „Rassen“ werden durch „Kulturen“ ersetzt und Parolen wie „Ausländer raus“ werden mit Slogans der „Überfremdung“, „Gefährdung der eigenen Kultur“ und „Islamisierung Europas“ in den öffentlichen Diskurs eingebracht“.

(Verfassungsschutzbericht 2016, S. 43)

Entsprechend deutlich ist auch die Einstufung der Identitären durch den Österreichischen Verfassungsschutz:

„In diesem Kontext tritt die Identitäre Bewegung aktuell als eine der wesentlichen Trägerinnen des modernisierten Rechtsextremismus auf.“

(Verfassungsschutzbericht 2017, S. 53)

Zwischen der Identitären Bewegung und der Grazer FPÖ gibt es mehrfache inhaltlich-ideologische, personelle und auch organisatorische Überschneidungen. Mandatare und Funktionäre der Grazer FPÖ - so auch der Vizebürgermeister selbst - nahmen in der Vergangenheit mehrfach an Aktionen der Identitären teil.

So war Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio 2015 Teilnehmer der von den Identitären organisierten Demonstration am Grenzübergang Spielfeld. Erst letztes Jahr trat er als Redner beim Kongress „Verteidiger Europas“ auf, einem Vernetzungstreffen von rechtsextremen und rechten Organisationen, Politikern, Verlegern und Medien aus ganz Europa. „Das Ablehnen und Ersetzen der alten 'väterlichen' Werte durch ein religiöses Anbeten der 'Menschenrechte' habe zu den katastrophalen Zuständen geführt, die wir heute in Europa haben,“ so das aus dieser Rede überlieferte und dokumentierte Zitat des Grazer Vizebürgermeisters.

Und auch der erst im letzten Jahr angelobte Gemeinderat Heinrich Sickl trat mehrfach bei Aktionen der Identitären in Graz in Erscheinung, beispielsweise als Ordner bei der genannten Identitären-Demonstration in Spielfeld oder als Fotograf bei der Hausbesetzung der Identitären am Dach der Zentrale der Steirischen Grünen, an der auch der damalige FP-Bezirksobmann Luca Kerbel beteiligt war. Gemeinderat Sickl ist bis dato auch Vermieter eines der beiden österreichweiten Zentren der Identitären in Graz.

In der politischen und medialen Diskussion der letzten Woche, in der auch auf Bundesebene eine klare Distanzierung der Regierungspartei FPÖ von den rechtsextremen Identitären gefordert wurde, trat der Grazer Vizebürgermeister erneut und offensiv als Sympathisant und Verteidiger der Identitären an die Öffentlichkeit. Beginnend im Rahmen der gemeinsamen Bilanz-Pressekonferenz von ÖVP und FPÖ am Donnerstag, den 4. April, bis hin zum Wochenende hielt Bürgermeister-Stellvertreter Eustacchio mehrfach fest, dass er keinen Grund sähe, sich von den Identitären zu distanzieren. Vielmehr ortete er Hysterie und den Versuch der Kriminalisierung dieser Bewegung. Erst unter dem anhaltenden Druck der medialen Öffentlichkeit und wohl auch der Bundespolitik gab Eustacchio dann am Montag, den 8. April, ein Interview, in

dem er den Versuch einer letztendlich sehr halbherzigen Distanzierung unternahm. Zentrale Werte der Identitären wie deren traditionelles Familienbild oder ihre Haltung zu Islamisierung und Zuwanderung unterstützt Eustacchio nach seinen eigenen Aussagen nach wie vor, lediglich die Aktionsformen werden von ihm kritisiert. Graz ist Stadt der Menschenrechte. Als solche haben wir uns zu einem respektvollen und würdevollen Umgang mit allen Menschen und für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in unserer Stadt verpflichtet. Ein Vizebürgermeister, der die Menschenrechte in Frage stellt sowie anhaltend und ohne Skrupel eine rechtsextreme Bewegung aktiv aufsucht und ihre Werte verteidigt, widerspricht diesen Zielen, schadet dem Ansehen unserer Stadt und ist für Graz nicht tragbar. Im Sinne dieser Begründung stellen die unterzeichnenden GemeinderätInnen folgenden

Misstrauensantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio gemäß § 25 in Verbindung mit § 27 des Status der Landeshauptstadt Graz das Misstrauen aus.

Bgm. Nagl:

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geschätzte MitarbeiterInnen und Mitarbeiter, meine geschätzten Damen und Herren der Medien, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf Sie alle ganz, ganz herzlich zur außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates zur Behandlung eines Misstrauensantrages gegen Bürgermeister-Stellvertreter Mag. Mario Eustacchio begrüßen. Herr Klubobmann Karl Dreisiebner hat diesen Antrag am 9. April 2019 schriftlich eingebracht. Der Antrag ist begründet und von einer ausreichenden Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates unterschrieben. Er hat rechtzeitig und nachweislich alle Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates zu dieser außerordentlichen Sitzung eingeladen und den gegenständlichen Antrag allen

außerordentliche Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019

Gemeinderatsmitgliedern übermittelt. Der Gemeinderat zur Behandlung des vorliegenden Misstrauensantrages ist somit ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Bei der außerordentlichen Sitzung ist sofort nach der Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit in die Beratung der Tagesordnung einzugehen. Für Wortmeldungen im Rahmen der Wechselrede stehen den Gemeinderats- und Stadtsenatsmitgliedern zehn Minuten zur Verfügung. Das ist die doppelte Redezeit nach § 26b Abs 2 unserer Geschäftsordnung zum Gemeinderat. Ich ersuche nun den Antragsteller, zum Rednerpult zu kommen.

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, sehr geehrte interessierte Grazerinnen und Grazer auf der Galerie, herzlich willkommen, geschätzte VertreterInnen der Medien, die sie trotz der abendlichen Zeit schon wieder oder noch immer anwesend sind. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, vielen Dank für die umgehende Einberufung, der von unseren Mitantragstellerinnen und -antragstellern von der KPÖ, der SPÖ und von Neos-Kollegen mit einer ausreichenden Anzahl von Unterschriften geforderten Sondersitzung zum stehenden Misstrauensantrag gegen den Grazer Vizebürgermeister Mario Eustacchio. Ich darf kurz anmerken, dass dieser abendliche Zeitpunkt für diese Sitzung vermuten ließ, dass es für Sie von Ihrer Seite, Herr Bürgermeister, nicht unbedingt von großem Wunsch beseelt ist, dass Medien in ausreichender Zahl da sind; sie sind doch da, wie wir sehen.

*Zwischenruf GR. **Pogner:** Was soll das heißen?*

Dreisiebner:

Auf jeden Fall gibt es ja auch morgen dementsprechende Möglichkeit zu berichten. Morgen ist hoffentlich ein Tag, der Folgendes ergeben wird, dass auf dem zweitwichtigsten in hohem Maße repräsentativen Sessel, das ist der des Vizebürgermeisters der Stadt Graz, keiner mehr sitzen wird, der den als rechtsextrem eingestuften Identitären im Denken und im Reden so nahe steht, dass es den meisten Menschen in Graz viel zu nahe ist. Umso mehr erstaunt es eigentlich, dass das Festhalten von KPÖ, SPÖ, Neos und von uns Grünen ein Misstrauensantrag gegen den noch amtierenden Vizebürgermeister von schwarz-türkisen VertreterInnen der Koalition als inkonsequent bzw. als unlautbar dargestellt worden ist und wird. Ok, kann jeder machen, kann jeder machen, wie er oder sie will, es obliegt Ihnen, Herr Bürgermeister, es obliegt den Kolleginnen und Kollegen aus der christlich-sozialen Partei ÖVP. Auch wenn es angeblich das erste Mal in der Geschichte der Stadt Graz ist, dass es gegen einen Vizebürgermeister einen Misstrauensantrag geben muss, so ist daran nach unserem Dafürhalten nur eines inkonsequent, nämlich die Tatsache, dass es überhaupt notwendig war, diese Sondersitzung mit einem Misstrauensantrag unterstützt durch 20 Unterschriften zu erzwingen. Denn würde es in der Partei des Vizebürgermeisters auch nur ansatzweise ausreichende politische Selbstreinigungsmechanismen geben, egal ob hier in Graz, in der Landespartei der FPÖ oder im Bund, es wäre schon am vergangenen Donnerstag oder ein oder zwei Tage später der Rücktritt durch den Herrn Eustacchio von selbst erfolgt, das wäre in sich nur logisch und konsequent gewesen. Es hätte einer Vizebürgermeisterpartei angestanden, wenn diese Partei, die FPÖ Interesse hätte, die Sache für die Stadt Graz halbwegs mit Anstand zu bereinigen. Das ist offensichtlich so nicht (*Appl.*) und wir wissen, dass das aus verschiedenen Gründen nicht passiert ist und nicht passieren wird. Die FPÖ als Partei sieht sich seit Jahren nie verantwortlich für das, was sie sagt, was sie tut oder was sie auslöst und Mario Eustacchio steht dieser FPÖ auch dahingehend vor und nicht einen einzigen Zentimeter nach. Mario Eustacchio hat mit seinen Aussagen, die man bis heute in der ORF-TV-Thek nachsehen kann, nicht nur am vergangenen Donnerstag und in der Folge am Freitag noch einmal eindeutig belegt, dass für ihn kein Blatt Papier

zwischen seiner Position, seinem Denken, seinen Aussagen und seiner Person sowie jenen Kernaussagen der rechtsextremen Identitäten, der sogenannten Verteidiger Europas, und diverser weiterer rechtsextremer Mediengruppierungen, Verbindungen passt. Mehr noch, Mario Eustacchio hat am Donnerstag vor anwesenden Medien und im Beisein des Herrn Bürgermeister Nagl Diagnose betrieben. Er hat Hysterie in Bezug auf Kritik an den Positionen der Identitären festgestellt. Wörtlich sagte Eustacchio dort Folgendes: „Daher verstehe ich diese Hysterie, sage ich jetzt ganz bewusst, überhaupt nicht und es gibt auch keinen Grund sich von irgendwas, auch von meiner Person, von irgendwas zu distanzieren.“ Auf der Homepage der FPÖ Graz steht dann einen Tag später unter der Überschrift „Keine Mitglieder der Elitären auf Funktionärs- und Mandatar-Ebene in der FPÖ Graz. Der Grazer Vizebürgermeister und FPÖ-Stadtparteiobmann Mario Eustacchio versteht die Aufregungen der aktuellen Diskussion um die Identitären nicht wirklich. Auch die krampfhaften medialen Versuche, Verstrickungen mit der identitären Bewegung nachzuweisen bezeichnet der Grazer Vizebürgermeister als lächerlich,“ und da wird der Grazer FPÖ-Parteichef und stellvertretende Landesparteichef wörtlich so zitiert: „Es versteht sich von selbst, dass eine Bewegung, wie die Identitären und eine Partei wie die FPÖ unterschiedliche Wege in der politischen Umsetzung ihrer Ziele wählen.“ Diesen Satz sollte man sich zweimal durchlesen oder zweimal aussprechen, was ich jetzt auch mache: Es versteht sich von selbst, dass eine Bewegung, wie die Identitären und eine Partei wie die FPÖ unterschiedliche Wege in der politischen Umsetzung ihrer Ziele wählen. Was heißt das? Darf man es so deuten, dass Identitäre und FPÖ Graz unterschiedliche Ziele verfolgen (die sie auf unterschiedlichem Weg umzusetzen trachten)? Oder heißt dieser Satz nicht vielmehr Folgendes?: Die FPÖ Graz und die Identitären mit dem Herrn Sellner an der Spitze verfolgen haargenau die gleichen Ziele und unterscheiden sich tatsächlich nur die Wege und die Werkzeuge der Umsetzung. Die einen in den Parlamenten und Gemeinderäten, die anderen bewegen sich auf Social-Media-Kanälen, auf Flüchtlinge jagenden Schiffen, bei der Erstürmung von Hörsälen oder Theatersälen und, das ist das Allerschlimmste, bei der Verwirrung der demokratischen Werte und der politischen Ideen von vorwiegend jungen Menschen. Liebe

Gemeinderätinnen und liebe Gemeinderäte, das gilt es zu betrachten, wenn ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer Distanzierung, Moment, von einer wiederholten Distanzierung hört und lest. Ihr wisst ja alle, da war schon einmal was mit dem Herrn Vizebürgermeister. Vor ziemlich genau einem Jahr war Mario Eustacchio beim Kongress der sogenannten „Verteidiger Europas“ im österreichischen Wasserschloss Aisterheims. Er hat damals, Medien waren ausgeschlossen, offensichtlich am Wert der Menschenrechte gerüttelt und sie als Verwirrung der 1968-er bezeichnet. Ich denke, ihr erinnert euch noch und ich denke, ihr erinnert euch auch noch, es gab auch damals schon eine Aussprache zwischen dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Eustacchio und jetzt steht Graz mit diesem Vizebürgermeister wieder am Scheideweg und ihr fragt euch vielleicht, ich frage mich auf jeden Fall, wann wird die nächste Aussprache zwischen Herrn Bürgermeister und Herrn Eustacchio notwendig sein? Dauert es wieder ein Jahr, dauert es nur wenige Monate? Deswegen unsere Einladung an Sie und euch alle: Ziehen wir einen Schlussstrich und stehen wir alle zum hart erarbeitenden oder mittlerweile doch wieder exzellenten Ruf unserer Stadt Graz. Stehen wir alle zu den Menschenrechten, zu unserer Menschenrechtsstadt, statt zu Rechtsextremen und solchen, die ihnen nahestehen, extrem nahestehen. Seien Sie konsequent und stimmen Sie dem vorgelegten Misstrauensantrag zu. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. „Die Stadt Graz, insbesondere die Mitglieder ihres Gemeinderates und der Stadtregierung werden sich in ihrem Handeln von den internationalen Menschenrechten leiten lassen.“ Wissen Sie, wo dieses Zitat niedergeschrieben ist? Es ist der Anfang der Erklärung zur Menschenrechtsstadt, die von diesem Gremium 2001 einstimmig beschlossen wurde. Eine Erklärung, die uns zur ersten Menschenrechtsstadt Europas machte. Seitdem tragen wir den Titel der Menschenrechtsstadt mit Stolz. Wir stellen ihn bei jeder Gelegenheit in den

Mittelpunkt, doch dieser Titel bringt auch Verantwortung mit sich. Denn wir alle in dieser Stadt haben uns der Wahrung der Menschenrechte und ihrer Werte verpflichtet. Werte wie Freiheit, Vielfalt, Toleranz, aber auch der Schutz von Minderheiten und der Schutz vor Diskriminierung. Im krassen Gegensatz dazu, im krassen Gegensatz zu den Menschenrechten und ihren Werten, steht eine vom Verfassungsschutz beobachtete und als rechtsextrem eingestufte Organisation, die Identitäre Bewegung. Denn die Identitäre Bewegung strebt eine kulturelle Reinhaltung nach Ethnien in Staat und Gesellschaft an. Es zählt einzig und allein nur die Abstammung, das ethnische Kollektiv, das von Fremden oder gar dem Feindlichen beschützt werden muss. Eine Bewegung, die im Reden oder auch in internen Papieren, wie wir aus den Medien erfahren durften, auch von einem Krieg sprechen. Einen Krieg, der gewonnen werden muss und einen Krieg, der auch von uns, hier sind die Identitären gemeint, begonnen werden muss. In diesen Papieren ist auch von der Ablösung der herrschenden Ideologie durch Erosion und Subversion, also Zerstörung, oder eines revolutionären Prozesses die Rede. Eine Bewegung, die die Besetzung von Pressegebäuden und von einem Rundfunk in ihren internen Papieren geplant hat. Kurz, eine Bewegung, die eigentlich unserem Rechtsstaat entgegensteht und die auf Abschottung und Intoleranz setzt. Und genau diese Identitäre Bewegung, die unsere liberalen Werte und unsere Menschenrechte mit den Füßen tritt, die haben Sie verteidigt, Herr Vizebürgermeister. Und ich finde, dass das eines Vizebürgermeisters der Stadt der Menschenrechte unwürdig ist (*Appl*). Sie verteidigen die Identitären nicht nur letzten Donnerstag und gaben so nebenläufig noch bekannt, im Wesentlichen auch ihre Inhalte unterschreiben zu können, sondern Sie wiederholten Ihren Schutz der Identitären auch noch am Tag danach abends. Damals zeigten Sie ganz klar Ihre Gesinnung, Sie zeigten ganz klar Ihre Haltung, die nicht mit den Werten der Menschenrechte übereinstimmen. Zwei Tage später kam dann doch die ultimative Kehrtwende und Sie distanzierten sich von den Identitären. Doch diese Distanzierung war mehr als unglaubwürdig. Nicht nur, weil Sie Ihre wahren Gedanken und Ihre wahre Haltung bereits zwei Tage vorher allen offenbarten, sondern auch weil Sie davon sprachen, dass niemand von Ihnen jemals die Nähe zu den Identitären gesucht hätte.

Aber das ist ein unglaubliches Ablenkungsmanöver, von dem weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Mitglieder des Gemeinderates sich blenden lassen. Denn, wenn niemand die Nähe von Ihnen zu den Identitären gesucht haben soll, warum sind Sie dann selber bei Demonstrationen der Identitären mitmarschiert? Warum war GR Sickl dann Ordner bei Demonstrationen der Identitären? Warum hat GR Sickl dann den Identitären Büroräumlichkeiten vermietet? Mehr Unterstützung geht doch eigentlich kaum noch. Freitags verteidigten Sie die Identitären noch, heute wollen Sie ihr Feind sein, das kann Ihnen doch niemand glauben (*Appl.*). Und das können in der Stadt der Menschenrechte, Herr Bürgermeister, auch Sie nicht einfach vom Tisch wischen und schönreden. Es wird Zeit für Sie, Herr Bürgermeister, und auch für die Grazer Volkspartei endlich Haltung zu zeigen. Denn unsere Stadt hat sich einen Bürgermeister verdient, der Vielfalt und Offenheit lebt und kein rechtsextremes Gedankengut in die Regierung trägt. Genau deshalb spreche ich Ihnen, Herr Vizebürgermeister, heute das Misstrauen aus. Denn eine Partei mit Regierungsverantwortung darf an Rechtsextremismus nicht einmal anstreifen. Ich bitte daher alle Mitglieder des Gemeinderates, in sich zu gehen und sich genau zu überlegen, in was für einer Stadt sie leben wollen. In einer Stadt der Menschenrechte, der Vielfalt, der Toleranz oder einer Stadt, in der Diskriminierung, Intoleranz und rechtsextremes Gedankengut in der Regierung vertreten wird. Lassen Sie sich nicht blenden, liebe Gemeinderäte, gehen Sie in sich, hören Sie auf Ihre Werte und stimmen Sie nach Ihren Werten ab (*Allgem. Appl.*).

GR Eber:

Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn man sich die Diskussionen und Ereignisse sozusagen der letzten Tage noch einmal, wenn man die noch einmal Revue passieren lässt, dann überlege ich mir natürlich, was ist eigentlich passiert und zu welchem Schluss kann man oder muss man auch kommen? Nach den Aussagen des

Herrn Vizebürgermeisters, die auch meines Erachtens eigentlich untragbar sind, nämlich dass er die Identitären so weit in Schutz nimmt, dass man zum Schluss kommen kann, sage ich jetzt einmal, dass sozusagen kein Blatt Papier zwischen ihm und die Identitären passt, nach einer sehr langen, meines Erachtens sehr langen Schrecksekunde des Bürgermeisters und einer noch längeren Phase des Reagierens vom Herrn Vizebürgermeister darauf hat er sich dann am Montag sozusagen verbal distanziert davon. Aber, meines Erachtens ist es dann schon so, dass gerade für einen Vizebürgermeister, der einer der höchsten Repräsentanten unserer Stadt ist, da besondere Maßstäbe natürlich auch gelten müssen und wir auch eine besondere Sensibilität verlangen, gerade auch, wenn man auf die nicht immer ganz rühmliche Geschichte unserer Stadt zurückblickt. Ich habe mir dann auch die Frage gestellt und habe dann auch ein bisschen dann auch nachgelesen natürlich: Wie ist das eigentlich? Konnte man es wirklich nicht wissen vorher sozusagen, wie die Identitären ticken? Sind sie wirklich so eine rechtsextreme Organisation? Oder ist das wirklich erst am gleichen Tag sozusagen bekannt geworden, wo dann in den Medien gestanden ist, dass der Martin Sellner der Vorsitzende der Identitären dieser Hakenkreuzpickerl, vor zwölf Jahren bereits, verklebt hat? Die Identitären als Bewegung, wie sie sich ja auch verstehen, sind ja nunmehr auch schon ungefähr sechs, sieben Jahre alt. Da sind sie gegründet worden und sie haben es bereits 2014 in den Bericht des Verfassungsschutzes „geschafft“. Dort heißt es ua., die Distanzierung vom Neonazismus in öffentlichen Statements ist als taktisches Manöver zu werten, da sich in den Reihen der Bewegungseliten, der Identitären also, amtsbekannte Neonazis befinden und Kontakte in andere rechtsextremistische Szenebereiche bestehen. Und auch in den Jahren darauf ist immer wieder Bezug genommen worden in den Verfassungsschutzberichten, so heißt es: Ihr Ziel, also das Ziel der neuen Rechten der Identitären, ist es, fremdenfeindliche und ängstgenerierende Themen in der Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Und 2017 dann schließlich unter dem Deckmantel des Begriffs „Ethnopluralismus“ werden in der bewussten Verschiebung von klassisch rechtsextremen Deutungen und Argumentationsmustern Juden, Muslime und als fremd wahrgenommene Personen gleichermaßen als Feinde eines rassistisch

nationalistisch völkischen Weltbildes gesehen und somit als Bedrohung des kulturvölkischen Wir. Also, das heißt, es hat nicht diese Enthüllung des Martin Sellners als Hakenkreuz-Pickender, Klebender gebraucht, also diese Enthüllung war sozusagen nicht mehr notwendig, denn eigentlich hat man es vorher durchaus genau sehr gut wissen können. Und es ist dann auch nicht von ungefähr, dass etwa, wie es in den Verfassungsschutzberichten angesprochen worden ist, diese Verknüpfung und Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen, so wurde bei einem Kongress der Identitären in Graz im Jänner 2017 des Magazins und auch online natürlich erhältlich das „Infodirekt“ vorgestellt offiziell bei diesem Kongress, der ja auch direkte Verbindungen auch zur FPÖ hat. Am Montag oder Dienstag dieser Woche schließlich schreibt auch Friedrich Langberg, ein FPÖ-Mitglied, und ich glaube, er war auch nahe an den Identitären er ist, wenn ich mich nicht täusche, aus dem Burgenland allerdings, der sagt, aus Opportunismus auf Leute einzuschlagen, deren Überzeugungen man eigentlich teilt, ist eigentlich ziemlich armselig. Und heute können wir auch in manchen Zeitungen lesen, dass es natürlich auch von anscheinend so manchen FPÖ-Mitgliedern zumindest, Funktionären vielleicht, weiß man noch nicht, zumindest zu zahlreichen Kleinspenden gekommen ist an die Identitären. Und von daher fragt sich natürlich auch, welches Weltbild, welches Menschenbild steckt eigentlich hinter dem Ganzen? Ich möchte durchaus auch sozusagen die Frage stellen, wie offenbart sich das Weltbild, auch das Menschenbild auch in der, sozusagen, der tagespolitischen Aktualität in der tagespolitischen Debatte, wenn es beispielsweise nur um Sozialhilfe geht? Zuletzt möchte ich noch, es ist mir noch ein Anliegen, auf Folgendes hinzuweisen: Jedes Gemeinderatsmitglied hat ja ein kurzes Statement auf der Homepage der Stadt Graz und da ist mir aufgefallen, ich habe es in den letzten Tagen, muss ich gestehen, nicht mehr angeschaut, aber ich weiß es von früher her, dass gerade bei einigen Gemeinderatsmitgliedern der FPÖ, dass sinngemäß Zitate oben stehen wie: Meinungsfreiheit ist das höchste Gut und das gilt es zu schützen, gilt es auch dann zu schützen, wenn man eben eine andere, vielleicht sogar eine konträre Meinung hat. Und das möchte ich sozusagen tatsächlich unterstützen und unterstreichen. Allerdings, und so schließt sich der Kreis zu dem, was

ich am Anfang gesagt habe, wie gesagt, ich vermisse da schon eine Sensibilität von Seiten des Herrn Vizebürgermeisters, weil irgendwo ist natürlich dann auch tatsächlich der Punkt gekommen, wo man sagen muss, das fällt nicht mehr unter Meinungsfreiheit, das fällt unter Aussagen, die wir in unserem Land eigentlich nicht mehr haben wollen, weil wir in der Vergangenheit sozusagen daraus gelernt haben. Deshalb haben wir diesen Misstrauensantrag auch miteingebracht und werden heute natürlich auch entsprechend zustimmen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmman:

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ich muss es Ihnen sagen, es ist noch nicht in dieser Art gefallen es ist eigentlich bedauerlich, dass wir hier stehen müssen und diese Sitzung abhalten müssen und diesen Antrag unterstützen müssen, der von Karl Dreisiebner, vom Klubobmann der Grünen, eingebracht wurde. Eigentlich war ich immer der Meinung, dass es einen Grundkonsens in dieser Republik gegeben hat oder gibt, der gegen Faschismus, Rechtsextremismus, Intoleranz etc. eigentlich gegolten hat und über alle Parteigrenzen grundsätzlich hinweg und daher bin ich mir nicht sicher, ob das heute noch überall so ist. Und ich muss Ihnen sagen, warum hat es diesen Grundkonsens über alle Fraktionen nach Start der Zweiten Republik gegeben? Weil man eigentlich aus der Geschichte gelernt hat, was in der Vergangenheit passiert ist. Und deshalb hat auch Graz einen ausgezeichneten Ruf nicht nur als Menschenrechtsstadt, so wie heute schon angeführt wurde, sondern auch als Kulturhauptstadt, als Universitätshauptstadt mit 60.000 Studierenden, aus zig, zig Nationen, internationaler Rang, Top-Niveau und auch letztendlich als Wirtschaftsstandort. Wir haben viele führende internationale Unternehmen hier, die hier diesen Wirtschaftsstandort in unserer wunderschönen Landeshauptstadt prägen. Denken wir nur an Leitbetriebe wie Andritz, Magna, AVL und, und viele, viele mehr. Natürlich alles im internalen Rang, im internationalen Licht, wie die Stadt Graz insgeheim und vor allem auch mit ihrer Menschenrechtserklärung.

Und, Aussagen wie jene des Vizebürgermeisters, die äußerst große Sympathien für die Identitären zeigten, sind für diese Stadt tatsächlich mehr als entbehrlich, nämlich für den Ruf der Stadt mehr als entbehrlich. Und wenn dann diese Aussagen trotz paralleler Distanzierungen von Bundes- und Landes-FPÖ erst nach Bestätigen und nach mehrtägigen nicht nachvollziehbaren Nachdenkpausen eigentlich Klarstellungen erfolgten, sind diese und, so leid es mir tut, sagen zu müssen, nur bedingt glaubwürdig. Und zumal man sich im Hinblick auf die Beziehungen auch des Bürgermeister-Stellvertreters im Besonderen wie einige seiner Parteifreunde an einen Filmtitel anlehnen darf. Ich habe da den Eindruck, es ist schon einmal gefallen in einer Diskussion: „Und regelmäßig grüßt das Murmeltier“. Wie oft denn noch? Es wurde schon erinnert an den Auftritt bei den selbsternannten Verteidigern Europas im März 2018, übrigens damals auch schon begleitet von einem Ordnungsruf des Bürgermeisters: Die Menschenrechte sind die Richtschnur für politisches Handeln in Graz und insgesamt. Und deshalb, und es gäbe noch viele weitere Beispiele, die teilweise auch schon angesprochen wurden, aber die auch noch folgen können. Dieser Versuch einer differenzierten Klarstellung am Sonntag in einem Zeitungsinterview für mich und für uns ist nicht fünf vor zwölf passiert, sondern fünf nach zwölf, also viel zu spät. Es fehlt uns das Vertrauen, dass Mario Eustacchio den Spurwechsel von dieser identitären Geisterfahrt hin auf eine die gesellschaftlichen Werte der Menschenrechtsstadt Graz vertretene Linie tatsächlich geschafft hat. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass Graz aufgrund der letzten Tage und auch in Zukunft noch verstärkter unter Beobachtung einer breiten Öffentlichkeit sein wird, auch über die Landesgrenzen hinaus. Auch wenn es um Fragen der Menschenrechte, der Menschenwürde und letztendlich, wenn es um rassistisches Gedankengut geht und auch um Demokratie und sozialpolitische Fragestellungen in unserer Stadt. Ich betone es noch einmal: Graz hat einen ausgezeichneten internationalen Ruf, wie gesagt, als Wirtschaftsstandort, als Kulturhauptstadt, als Universitätsstadt und schlussendlich als Menschenrechtsstadt. Und diesen Ruf gilt zu wahren und wir zweifeln daran, dass sich an den politischen Auffassungen, Aussagen aus der politischen Gedankenwelt des Bürgermeister-Stellvertreters seit vergangener Woche bis heute tatsächlich etwas

verändert hat. Und wir machen uns das alle nicht leicht. Aber ich glaube, der Schritt bedarf auch einer Notwendigkeit und daher unterstützen wir auch diesen Misstrauensantrag, und alle sollten sich das für sich persönlich überlegen. Sie kennen den Spruch des freien Mandats, ich weiß schon, wie das dann immer in der politischen Realität oft gelebt wird. Aber genau bei solchen Entscheidungen sollte man sich das noch einmal, bevor man zur Urne geht, genau überlegen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste. Danke, inklusive Antragstext und Vorwürfen haben wir jetzt alles gehört. Deshalb werde ich mich jetzt kurzfassen. Was die FPÖ betrifft, ist von unserer Seite aus alles gesagt. Es hat ein eindeutiges Interview von unserem Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio und von unserem Landesparteiobmann Mario Kunasek, das auch von der Krone abgedruckt worden ist, ebenso hat es eine klare Presseaussendung gegeben, die alles aussagt. Was Sie von den Grünen, von der SPÖ, von der KPÖ und der Herr Neo jetzt daraus machen, das bleibt natürlich Ihnen überlassen. Für uns zeigt sich aber, dass Sie sich lieber mit uns befassen als mit echter politischer Arbeit (*Allgem. Appl.*). Aber wahrscheinlich fehlen Ihnen die guten Ideen, dass Sie es notwendig haben, die gute Koalitionsarbeit hier zu stören und anzupatzen. Natürlich ist das für uns alles andere als angenehm, aber in Wirklichkeit ist es nichts Ungewöhnliches für uns. Assistiert von diversen Medien haben Sie jetzt natürlich eine große Aufmerksamkeit, die Sie höchstwahrscheinlich mit Ihrer politischen Arbeit gar nie erreichen hätten können. Zum Schluss darf ich Ihnen mitteilen, was Sie wahrscheinlich alle sehr überraschen wird, uns haben sie natürlich nicht überzeugt, weil wir vertrauen unserem Mario Eustacchio (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Hoher Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen, Kollegen auf der Regierungsbank, meine geschätzten Damen und Herren. Auch wenn ich es mehrfach gesagt habe, möchte ich es heute ganz bewusst und gerne in dieser Gemeinderatssitzungssaal tun:

Extremistische Ansichten politischer und religiöser Natur haben keinen Platz in Graz und sollten auch in allen anderen Städten keinen Raum *bekommen (Allgem. Appl.)*.

Rechtsradikale, rassistische oder neonazistische Ansichten sind weder mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu legitimieren noch mit dem Fehlen strafrechtlicher Verurteilungen zu tolerieren. Graz als erste europäische Menschenrechtsstadt hat hier eine besondere Verantwortung, die manche von Ihnen ja auch schon jetzt zitiert haben, eine Verantwortung, die für alle Mitglieder des Stadtsenates wie auch des Grazer Gemeinderates, aber auch in unseren Bezirksvertretungen zu gelten hat. Ja, auch ich war überrascht und betroffen, als Herr Vizebürgermeister Mario Eustacchio in der gemeinsamen Pressekonferenz über unsere zweijährige Zusammenarbeit sein Statement zu den Identitären gemacht hat. Es gab auch Kritik, wieso ich nicht sofort reagiert habe. Wer es sehen wollte, konnte auch meine Körpersprache deuten. Da habe ich in den vielen Jahren meines Lebens, auch meines politischen Lebens, aber auch schon als Kind gehört, zuerst nachdenken und dann reden. Die erste Emotion ist selten ein guter Ratgeber. Ich habe Mario Eustacchio die letzten Tage auch persönlich erlebt. Auch ihm ist es nicht leicht gefallen, aber er hat dem Wunsch aller übrigen Gemeinderatsfraktionen, auch die meiner Fraktion und auch meinem persönlichen Wunsch, entsprochen und sich ganz klar distanziert und will künftig eine klare Trennlinie ziehen. Ich will es ihm wachsam glauben und dieses Vertrauen ist meinen Erfahrungen mit Herrn Vizebürgermeister Eustacchio geschuldet, von dessen Handschlagsqualität ich mich in den letzten beiden Jahren überzeugen konnte. Ich darf hier auch daran erinnern, wie es zur letzten Wahl und danach zu einem zukunfts-tauglichen Arbeitsübereinkommen gekommen ist. Es war die FPÖ und es war der Vizebürgermeister Mario Eustacchio, die bereit waren, Verantwortung, und zwar Hauptverantwortung, für unser Graz zu übernehmen, während andere diese Hauptverantwortung nicht übernehmen wollten oder konnten. In der Kommunalpolitik

geht es in erster Linie um den Dienst an unserer Stadt Graz und um bestmögliche Lebensbedingungen für die Menschen, die hier Heimat haben. All das ist, wie ich überzeugt bin, in den letzten beiden Jahren der Zusammenarbeit mit der FPÖ und mit Mario Eustacchio hervorragend gelungen. Auch wenn politische Gegner so etwas naturgemäß anders darzustellen versuchen. In unsere Stadt ist ein neuer Schwung gekommen, den man auch mit Daten und Fakten im Detail belegen kann, so wie wir es auch bei der Pressekonferenz zur Zweijahresbilanz getan haben, die dann letztendlich eine solche Wende genommen hat. Und es deutet alles klar darauf hin, dass wir diesen positiven Schwung auch halten können. Aber jetzt habe ich ein paar grundsätzliche Überlegungen: Das ist eine schwere Entscheidung, auch für mich als Bürgermeister. Ich musste in den mehr als eineinhalb Jahrzehnten meiner Amtszeit viele große Probleme lösen und allerlei schwierige Herausforderungen bewältigen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich von einem Bürgermeister auch erwarten können, dass er auch herausfordernde Situationen meistert und auch dann nicht gleich aufgibt, wenn die Lage schwierig wird. Ich bin schon lange in der Stadtpolitik und so einen Misstrauensantrag hat es, soweit ich weiß und ich die Zeit überblicken kann, hier im Rathaus bisher nie gegeben. Was würde morgen anders oder gar besser werden, wenn wir heute dem Herrn Vizebürgermeister das Misstrauen aussprechen und er wenige Minuten später nicht mehr Stadtsenatsmitglied der Landeshauptstadt Graz wäre? Wann immer jemandem eine Meinung nicht passt, diese sogar revidiert wird, einfach weg mit ihm? Den Grazerinnen und Grazern zumuten, für jede Entscheidung ohne konkretes Programm, wie die Agenda 22, künftig wieder ewig herumdiskutieren? Knapp 38 % haben bei der letzten Gemeinderatswahl die Grazer Volkspartei und mich gewählt. Ich leite daraus auch einen persönlichen Auftrag ab in der Stadt, die Verantwortung für das Gelingen von Politik insgesamt zu haben. In den aktuellen Diskussionen der letzten Tage, die auch zu dieser außerordentlichen Gemeinderatssitzung geführt haben, war wieder viel von der Menschenrechtsstadt Graz die Rede. Das ist vielleicht auch ein Nutzen dieser Debatte. Natürlich geht es in der Politik um moralische Ansprüche. Ist Menschenrechtsstadt nur ein Mascherl für Sonntagsreden und Symposien? Oder ist Menschenrechtsstadt ein Kampfbegriff gegen

Andersdenkende? Eine Inanspruchnahme selbst zugesprochener moralischer Überlegenheit oder ist Menschenrechtsstadt immer nur ein Appell an die anderen? Oder ist Menschenrechtsstadt nur ein Auftrag? Und ich hoffe, hier sind wir uns zumindest alle einig, die Menschenrechte in der Stadt und für die Stadt zu sichern und möglichst auch andere Städte positiv damit anzustecken (*Allgem. Appl.*). Oder heißt Menschenrechtsstadt nicht auch, dass wir uns in unserem Umgang miteinander von der nicht verhandelbaren Würde jedes eines Mitgliedes auch eines Gemeinderats und eines Stadtsenates leiten sollten? Und zur Würde jedes Menschen gehört auch die Bereitschaft, ihm zu glauben, ihm zuzutrauen, dass er aus Fehlern lernt und seinen Worten letztlich Taten folgen lässt. Wie oft habe ich in diesem Raum gerade von jenen, die heute ihr fundamentales Misstrauen aussprechen, gehört, ich müsse immer das Gute im Menschen sehen. Menschenrechtsstadt zu sein, ist auch für uns hier im Gemeinderat eine Verpflichtung. Wie ich das Amt von meinem Vorgänger Alfred Stingl übernommen habe und auch in den letzten 15 Jahren war das politische Klima in diesem Gemeinderat ein anderes. Ein Klima, das bei allen politisch unterschiedlichen Ansichten von einem Geist des Miteinanders geprägt war. Und bevor wir gleich wieder anfangen, mit dem Finger aufeinander zu zeigen, jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Warum ist das so geworden? Genau genommen sind wir in der Politik meist Abbild und nur selten Vorbild. Jeder und jede in diesem Raum, ganz egal zu welcher Partei gehörend, weiß, dass die Politik in Zeiten, wo die persönlichen Interessen alles und die gemeinschaftlichen Notwendigkeiten fast nichts mehr gelten, ungemein schwierig geworden ist für jeden Einzelnen und für jede Einzelne von uns. Eine Grazer Tageszeitung schreibt zu Recht von einem uneleganten Misstrauensantrag. Auch darüber habe ich nachgedacht. Was wir heute hier erleben, ist keine Sternstunde kommunaler Demokratie. Wir erleben ja auch einen zunehmenden Alltagsradikalismus, meine Damen und Herren, von der Straßenbahn bis in die sogenannten sozialen Medien Börsartigkeit statt Besonnenheit, Wut und Empörtheit statt Lösungswille. Wollen wir auch unsere Politik künftig danach ausrichten? Aber es gibt für uns keine sinnvolle und verantwortungsbewusste Alternative zu einer Politik, die das Gemeinsame, das Ganze in den Vordergrund stellt. Im Gemeinderat sind wir

keine Wutbürger, wir sind die legitimierte Vertreterinnen, Vertreter der Bürgerinnen und Bürger von Graz. Ich möchte abschließend eine Einladung an Sie alle aussprechen: Die Diskussionen, die zu dieser außerordentlichen Gemeinderatssitzung geführt haben, sind ja nicht im luftleeren Raum entstanden. Die Heftigkeit, mit der wir manchmal Themen diskutieren, zeigt ja auch, dass es ernste und für sehr viele Menschen auch richtige und wichtige Themen sind. Die Fragen, die dahinterstecken und die die Grazerinnen und Grazer übrigens bei Weitem mehr beschäftigen als die Frage, wer Vizebürgermeister ist oder nicht, sind die wahren Herausforderungen. Wie sicher fühlen wir uns in unserer Stadt? Wie steht es mit dem sozialen Zusammenhalt der Grazerinnen und Grazer? Wie viele einsame Menschen übersehen wir in unserer Stadt, weil sie keinen politischen Lautsprecher haben? Wo sind die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit für Menschen, die, aus welchem Grund auch immer, zu uns kommen oder kommen wollen. Und wie können wir dann aber auch jenen wirklich helfen, die Hilfe brauchen? Wie immer diese Abstimmung heute ausgehen wird, wir werden ab morgen wieder zusammenarbeiten, dafür wurden wir ja auch gewählt. Wir alle sind verantwortlich für das Klima in diesem Haus und glauben Sie mir, dieses Klima strahlt letzten Endes auch in unsere Stadt aus. Ich lade Sie alle ein, uns diesen angesprochenen Herausforderungen gemeinsam zu stellen. Fundamentalopposition stärkt nur die Ränder. Eine vernunftbasierte Politik sucht nach Argumenten und nicht nach Ressentiments. Ich hatte im persönlichen Gespräch mit Mario Eustacchio in den letzten Tagen das Gefühl, dass ihm das alles sehr bewusst geworden ist. Niemand von Ihnen hat leider das Gespräch auch persönlich mit ihm gesucht. Ich möchte abschließend noch einmal auf Graz als Menschenrechtsstadt zurückkommen. Meinem Vorgänger war es damals sehr wichtig, das war für ihn die Grundbedingung, dass alle Parteien diesen Geist mittragen und dass wir uns künftig dem Thema Menschenrechte vermehrt widmen. Mir ist das heute nicht weniger wichtig. Und es muss auch allen klar sein, dass Menschenrechtsstadt zu sein, ein ständiger immer auch neu zu verordneter Weg ist. Dieser Weg hört im Übrigen auch nicht an den Stadtgrenzen von Graz auf. Man kann auf diesem Weg mehr auf der linken Straßenseite unterwegs sein oder auf der rechten. Oder, so wie ich, möglichst in der Mitte bleiben. Aber es gibt links wie

rechts, und das will ich heute hier noch einmal deutlich sagen, Leitplanken. Wer drüberspringt verlässt uns und ich werde noch genauer darauf achten, wer diesen künftigen Weg verlässt. Streiten wir im Übrigen nicht dauernd darüber, ob wir nach links oder rechts gehen. Gehen wir miteinander nach vorne, das ist das, was ich mir wünsche und das ist das, was ich auch der heutigen Diskussion mir auch für die Zukunft wünsche (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Galerie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Bürgermeister. Ein Misstrauensantrag, und das haben wir heute schon öfter gehört, ist kein alltägliches Ereignis. Es ist eigentlich das erste Mal in der Geschichte, dass Graz einen Misstrauensantrag abstimmt. Und eigentlich ist auch ein Misstrauensantrag das letzte demokratische Mittel, um einen Politiker des Amtes zu entheben, dem man grundsätzlich politisch nicht mehr vertraut und wo man sagt, hier wurden rote Linien überschritten. Aber wenn man ganz kurz wirklich ehrlich zu uns selber sind, dann müssen wir sagen, wie konnte es so weit kommen? Denn auch vor einem Jahr wussten wir schon, dass Mario Eustacchio auf genanntem Kongress gesprochen hat, sich kritisch den Menschenrechten gegenüber geäußert hat. Wir wussten, dass er 2015 auf Demos Identitärer war. Wir wussten, für welches Menschenbild und für welche Politik er stand. Wir wussten, dass die FPÖ sich keinesfalls von den Identitären distanziert und wir wussten, dass sie sehr starke Verbindungen in ganz Österreich zur Identitären Bewegung hatte. Und, wenn wir wieder ehrlich zu uns sind, dann ist das Einzige, was sich wirklich geändert hat, was diesen großen Aufschrei wieder einmal und, ich betone, wieder einmal verursacht hat, dass Menschen gestorben sind. Und sie sind nicht in Österreich gestorben, sie sind in Christchurch gestorben. Sie wurden von einem Terroristen ermordet, der selbst in einem Manifest erklärt, der sagt, er ist gegen den großen Austausch. Er ist gegen die Zuwanderung und er ist gegen die Islamisierung. Und fünf Tage später demonstrieren in Österreich Identitäre auf österreichische Straßen mit dem genau gleichen Slogan.

Und zwei Wochen später sagt Mario Eustacchio, zwischen ihm und den identitären Inhalten ist kein Platz, er kann das unterschreiben. Das ist das, was sich geändert hat. Wir wissen seit Jahren, wofür die FPÖ steht, wir wissen seit Jahren, welche Inhalte sie tragen. Aber das, was heute leider wirklich Tatsache ist, dass Menschen leiden in Graz und in Europa, dass der Rechtsruck dazu geführt hat, dass Menschen angespuckt und verletzt werden. Und wir wissen alle, und Karl Dreisiebner hat es auch in seiner Erklärung zum Misstrauensantrag gesagt, die FPÖ hat sich immer distanziert, dass sie irgendwelche Verantwortung für diese Dinge trägt und das macht ihr auch heute wieder. Und wir wissen auch, dass jedes Mal, wenn dieser Aufschrei über wieder so eine Aussage getätigt wird, fünf Tage danach oder eine gewisse Anzahl der Tage danach eine quasi Distanzierung folgt. Aber wenn man wirklich genau hinschaut, dann hat man bei dieser Distanzierung gesehen, dass sie nicht nur unglaubwürdig meines Erachtens ist, sondern dass das man sich auch gefinkelt dazu hingibt, sich von der Art und Weise des Politikmachens zu distanzieren. Aber wieder einmal ist es betont worden, man steht hinter dem Familienbild Manderl / Weiberl / Kind. Man steht hinter der Zuwanderungskritik und man steht hinter der Islamisierungskritik. Und das sind drei fundamentale Punkte, die eben genau diesen Hass in unserer Gesellschaft schüren, der nicht nur für diesen Gemeinderat gefährlich ist, sondern für unsere ganze Gesellschaft gefährlich ist. Und wir haben heute auch gesagt, ja es gibt scheinbar Gruppen, die noch Vertrauen haben, dass Menschen sich ändern und es gibt Gruppen, die haben dieses Vertrauen verloren. Und ich muss ganz klar sagen, wenn man nur die letzten, seit 2015, die Jahreszahl 2015 hernimmt, dann ist so oft wieder passiert, dass genau die gleichen Leute und genau die gleichen Politiker, genau die gleichen Inhalte aufgetreten sind und immer ein Scheibchen und ein Scheibchen und ein Scheibchen draufgelegt haben. Und dann danach die Distanzierung immer und immer unglaubwürdiger geworden ist. Und wenn man da jetzt hinschaut und sagt, nein, ich glaube daran, dass sich der Mensch noch ändern kann, dann kann man das Optimismus nennen, man kann es auch Menschenkenntnis nehmen, aber meiner Meinung nach ist es einfach nur ein Fehler. Ein Fehler, den wir heute korrigieren, weil die rote Linie nicht gestern überschritten wurde, die rote Linie war nicht letzte Woche

überschritten, die rote Linie war eigentlich ganz, ganz, ganz, ganz lange vorweg überschritten. Und wir wissen, die FPÖ steht hinter diesen Inhalten und die FPÖ kann sich auch nicht vom rechten Rand distanzieren, weil sie sind der rechte Rand. Und die FPÖ kann sich nicht von den Identitären distanzieren, weil außer ein Vermietungsverhältnis aufzukündigen, können sie die Inhalte nicht aufkündigen. Und die einzige Gruppe, an die heute appellieren möchte, ist die Gruppe der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Wir reden ganz oft darüber, ihr seid christlich-sozial, ihr vertretet christlich-soziale Werte. Und ich möchte heute, nicht als politische Gegnerin auf euch zutreten, sondern ich möchte wirklich sagen, wir haben neben allen Differenzen einen Grundkonsens: Das ist die Demokratie und das die Ehrlichkeit und daran glaube ich. Und wir sollten heute eigentlich einen Dienst, der Bürgermeister hat auch davon geredet, wir leisten heute vielleicht einen Dienst an der Menschenrechtsstadt. Und ob wir das ernst nehmen oder nicht, das liegt heute auf unseren Schultern und wenn wir heute wirklich sagen, Mario Eustacchio hat wieder das Vertrauen für uns quasi erlangt, dann glaube ich wirklich, dass wir einen Fehler begehen, weil niemand kann seine Inhalte, seine Grundwerte so ändern. Bürgermeister Nagl sagt sehr oft, es gibt eigentlich nur zwei Punkte im Leben vom Menschen, wo sie geprägt werden. Das ist die Kindheit und dann die Pubertät. Ich möchte mir kein Urteil anmaßen, wann welche Prägung in diesem Raum stattgefunden hat. Ich weiß nur, dass Menschen an Taten zu messen sind und an Worten zu messen sind. Und wenn wir alle Worte und Taten von Mario Eustacchio zusammenzählen, dann komme ich nicht zu dem Ergebnis, dass er sich einer Menschenrechtsstadt und auf den Menschenrechtskurs wieder begeben kann und deswegen bin ich keine Wutbürgerin, wenn ich heute diesem Antrag, diesem Misstrauensantrag zustimme, sondern ich bin einfach nur wütend und ich finde wirklich, die Menschenrechtsstadt, die hart erarbeitet wurde von den Generationen davor, die als ehemalige Stadt der Volkserhebung wirklich, wirklich hart erarbeitet wurde, hat Besseres verdient als Mario Eustacchio im Vizebürgermeisteramt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna, danke auch noch einmal für deine Wortmeldung. Du hast jetzt schon einiges gesagt, was mir auch ein sehr, sehr großes Anliegen ist. Ich möchte vielleicht kurz vorausschicken, nein, wir befassen uns nicht gerne mit der FPÖ und mit ihren Verstrickungen mit den Identitären. Wir tun das nicht gerne, aber wir müssen es über Jahre immer und immer wieder machen. Und warum müssen wir es immer und immer wieder machen? Weil sich nichts ändert. Weil spätestens seit 2014 gibt es eine klare Einschätzung des Verfassungsschutzes zu den Identitären, die sie als rechtsextrem und neonazistisch bezeichnet. Spätestens seit 2014 müssten eigentlich alle Parteien innerhalb des demokratischen Spektrums in Österreich massiv auf Distanz gehen zu den Identitären. Aber es ist nicht passiert. Es gibt in den letzten Jahren auch nach 2014 noch unzählige Belege über Treffen, über Inseratenschaltungen, über Mietverträge etc., etc. Noch 2018, wo es innerhalb der FPÖ einen parteiinternen Vorstandsbeschluss gibt, dass man auf Distanz gehen möchte zu den Identitären, sind Sie, Herr Vizebürgermeister, noch als Sprecher auf besagtem Kongress Verteidiger Europas, der eine Vernetzungsplattform für Identitäre und andere Rechtsextreme ist. Und jetzt auch noch einmal zur letzten Woche. Sie, Herr Bürgermeister, haben sich darauf bezogen, dass wir jetzt vertrauen müssen auf diese glaubwürdige Distanzierung des Vizebürgermeisters. Ich kann nur noch einmal feststellen, das ist eine wahnsinnig halbherzige Distanzierung, wenn in der Distanzierung gesagt wird, ich habe gesagt, dass ich drei Positionen der Identitären unterschreiben kann, deren rationelles Familienbild Vater/Mutter/Kind sowie Ihre Haltung zur Islamisierung und Zuwanderung. Aber sind ja die Kernpositionen der Identitären, das macht ja die Identitären aus. Und, wenn ich sage, dass ich das unterschreiben kann, heißt das, dass ich die Inhalte der Identitären unterschreiben kann. Und ich muss wirklich sagen, Herr Vizebürgermeister, Sie lehnen vielleicht die eine oder andere Aktionsform der Identitären ab, aber mit Theorien wie der vom großen Austausch, es ist eine Verschwörungstheorie, in der postuliert wird, dass die Regierung Europas durch Masseneinwanderung die Bevölkerung Europas austauschen wollen und der sogenannte Volkstod droht. Mit so einer Theorie gehen sie d'accord, da sind Sie einer

Meinung. Das ist doch in Wirklichkeit viel schlimmer als beispielsweise ein Mietvertrag mit den Identitären. Denn ein Mietvertrag ist ja im Grunde nur ein nach außen hin sichtbares Zeichen dieser ideologischen Übereinstimmung. Und ja, jetzt wird vielleicht ein Mietvertrag beendet oder das eine oder andere Inserat für eine Zeit lang nicht mehr geschaltet. Aber im Grunde sind das oberflächliche Retuschierungsversuche. Der Kern des Problems ist, dass Teile der FPÖ inhaltlich komplett mit den Identitären übereinstimmen und daran wird eine Beendigung eines Mietvertrages nichts ändern (*Allgem. Appl.*). Deswegen kann ich nur noch einmal sagen, die einzige glaubwürdige Distanzierung aus unserer Sicht wäre, wenn Schlüsselpersonen, die über Jahre in engstem Kontakt mit den Identitären standen und wahrscheinlich noch immer stehen, ihre Funktionen zurücklegen, ihre politischen, und da das nicht passiert ist, ist der Misstrauensantrag unsere einzige Möglichkeit, hier für Demokratie einzustehen. Und an Sie, Herr Bürgermeister, möchte ich schon noch einmal sagen, diesen Gebrauch eines demokratischen Rechtes, und von dem machen wir Gebrauch, weil wirklich uns nichts mehr anderes übrig bleibt, weil wirklich in einem Moment die ganze Bundes-FPÖ sich schon distanziert von diesen Grauslichkeiten von Identitären, der Vizebürgermeister bei einer Pressekonferenz noch immer dasteht und sagt, ich habe keinen Grund, mich zu distanzieren, ich verstehe die Hysterie nicht. Da kann uns doch nichts anderes übrig bleiben, als einen Misstrauensantrag einzubringen und das dann als Böswilligkeit zu bezeichnen, ist etwas, was dem Klima hier in den Raum schädlich ist, finde ich mehr als fragwürdig. Wir nutzen dieses Mittel, weil es der Situation angemessen ist und ich hoffe auf Ihre Zustimmung. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Dann schreiten wir zur Abstimmung, die mit Stimmzetteln durchzuführen ist.

StR Krotzer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich beginne jetzt nicht, weil wenn ich an diverse Vermietungen von Gemeinderäten denke, dann kommt mir eher Goethes Faust und das, was Gretchen dort an Mephisto sagt, in den Sinn. Aber das lasse ich Sie selber nachschauen. Mir kommt in den Sinn der Zauberlehrling von Goethe, wo es heißt: „Herr, die Not ist groß, die ich rief, die Geister werde ich nun nicht los.“ Und das gilt insbesondere für die Grazer ÖVP. Denn es ist zwar begrüßenswert, wenn Sie, Herr Bürgermeister, einen Tag nach der demonstrativen Nichtdistanzierung durch den Herrn Vizebürgermeister Eustacchio von der sogenannten Identitärenbewegung bei einer offiziellen Pressekonferenz doch noch deutliche Worte gefunden haben, aber einmal mehr steht auch die ÖVP da wie der Zauberlehrling, der die Geister, die er im Sinne des Machterhalts gerufen hat, nicht los wird. Welcher Geist hier unterwegs ist, haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder auch Gemeinderatsreden hier gezeigt, ich selbst habe Ihnen, Herr Bürgermeister, auch mehrfach applaudiert, wenn Sie besonders Menschen oder Aussagen, in denen ein Menschenbild zutage getreten ist, das nicht von Respekt, nicht von Wertschätzung getragen gewesen ist, wenn sie diesen Paroli geboten haben. Ich will diese Aussagen hier auch nicht in aller Breite wiedergeben, aber wenn wir doch über das Verhältnis der FPÖ zur sogenannten Identitärenbewegung sprechen, dann muss ich doch auch auf Ausführungen von Klubobmann Armin Sippel in der Gemeinderatssitzung vom 12. Juni 2014 eingehen. Zur Erinnerung, es hat damals die neue, aber von Beginn an als rechtsextrem bekannte Identitäre Bewegung in einem Grazer Gasthaus im Juni 2014 eine Veranstaltung abgehalten. Ich bin damals zu den Wirtsleuten gegangen, um sie aufzuklären oder mit ihnen zu sprechen darüber, was diese Bewegung für einen politischen Hintergrund, was die damals und heute für ein Weltbild und für ein Menschenbild vertreten. Das hat die FPÖ damals in ihrer Nibelungentreue zu der, Zitat Armin Sippel, europäischen Jugendbewegung, derart empört, dass damals Stadtrat Eustacchio und Klubobmann Armin Sippel an die Elke Kahr als KPÖ-Vorsitzende in Graz einen Brief geschrieben haben und sie auch

aufgefordert haben, mich zum Rücktritt vom Gemeinderat zu bewegen und in weiterer Folge hat Armin Sippel auch diese Veranstaltung thematisiert hier im Gemeinderat und ich darf aus dem Protokoll der damaligen Sitzung Folgendes zitieren:

„Klubobmann Armin Sippel: Für die, die mit dieser Bewegung nichts anfangen können bzw. nicht wissen, um was es sich dabei handelt, es ist eine europäische Jugendbewegung, die im Wesentlichen für die Wahrung der europäischen Identitäten steht, für Ethnopluralismus eintritt, gegen unkontrollierte Massenzuwanderung und gegen die Islamisierung Europas auftritt. Also das sind Punkte, die kann auch ich alle unterschreiben,“ und es geht weiter: „Ich war persönlich dort bei diesem Fest, ich wollte das ganz bewusst auch als ein Zeichen für Versammlungsfreiheit, es ist ja ein verfassungsmäßig gewährtes Grundrecht, auch setzen, und ich kann Ihnen nur sagen, ich habe selten so ein zivilisiertes und auch stilvolles Fest erlebt, wo junge Menschen auch eine Lesung abgehalten haben und fröhlich gesungen haben. Also ich weiß gar nicht, was da auch so schlimm ist an dieser Bewegung?“

Dieses Protokoll ist seit dem Jahr 2014 auch öffentlich zugänglich, auf der Seite der Stadt Graz nachzulesen als Protokoll. Ich wollte es in diesem Zusammenhang doch noch einmal in Erinnerung rufen wie all jene, die jetzt der Meinung sind, man wäre plötzlich jetzt damit konfrontiert mit Dingen, von denen man davor nie etwas wissen hätte können. Dankeschön (*Allgem. Appl.*)

StRⁱⁿ Schwentner:

Werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtsenat, werte GemeinderätInnen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer und VertreterInnen der Medien. Herr Bürgermeister, ich nehme Ihre Worte sehr, sehr ernst. Und ich verstehe den Misstrauensantrag der Opposition im Gemeinderat auch als ein Angebot an Sie, werte KollegInnen der ÖVP. Nehmen Sie dieses Angebot an, um sich von der FPÖ abzugrenzen. Ich kenne viele aus der ÖVP, die sich sehr unwohl fühlen mit dieser Situation und die, so wie ich, diesen Sinneswandel, der innerhalb weniger Stunden am letzten Wochenende stattgefunden hat, alles andere als glaubwürdig empfinden. Gestern so, heute so, wie wird das

morgen sein? Vertrauen erwirbt man sich als Politikerin oder Politiker anders, indem man klare Positionen vertritt, indem man Menschen offen begegnet und durch Kontinuität und Glaubwürdigkeit und nicht, indem man einmal so oder so sagt. Die Verbindungen der FPÖ zu den Identitären, die sind heute schon mehrmals gefallen, die sind offenkundig und seit langem bekannt. Man braucht nicht lange recherchieren, man braucht nur auf Twitter, ich bin keine großartige Recherchiererin und kenne mich da nicht so gut aus, aber man braucht nur auf Twitter gehen, um in den letzten Tagen zu verfolgen, wer twittert, was und wer wird von wem geliked. Man braucht nur von Herrn GR Sickl die Tweeds verfolgen, da twittert er und es liken der Herr Kerbel, der Herr Sellner u.a. Identitäre, die ich gar nicht alle beim Namen kenne. Also ich empfinde diese Abgrenzung, diese oberflächliche Abgrenzung einfach nicht als glaubwürdig. Ich weiß, und es wurde jetzt betont, in einer liberalen Gesellschaft muss man viel aushalten. Sie finden oft unsere Meinungen unerträglich, ich finde manches nicht erträglich. Wir müssen diskutieren und wir müssen streiten und wir müssen vieles austreten. Aber einiges steht außer Streit. Außer Streit steht die Demokratie, Gewaltfreiheit und die Menschenrechte, die müssen außer Streit stehen (*Allgem. Appl.*). Es war jetzt mehrmals betont die oberflächliche Abgrenzung des Herrn Vizebürgermeisters von den Identitären. Ich frage Sie wirklich, ich würde es gerne einmal hören, hier und jetzt: Wo haben Sie sich deutlich abgegrenzt? Ich sehe es so wie der Kollege Dreisiebner. Die Wertehaltung, die wurde sogar nachträglich und auch noch in den letzten Tagen betont, die Wertehaltung, etwas gegen den Islam zu haben, gegen die zunehmende Islamisierung, die teilt der Herr Vizebürgermeister mit den Identitären, hat er betont, die Zuwanderung und auch das Familienband. Das Einzige, was ihn trennt, ist, dass er nicht aktionistisch ist, dass er nicht auf die Straße geht, sondern dass das, wie der Kollege Dreisiebner gesagt hat, dass die Rollenverteilung funktioniert in den Parlamenten, auf der Straße. Und ich möchte gerne ein Zitat bzw. zwei Zitate, weil das eine, da weiß ich nur wenig von diesem Kongress, der da letztes Jahr stattgefunden hat, weil das findet ja alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, was ich an sich schon bedenklich finde, weil ich stehe zu meiner Meinung da, da draußen und überall. Man sagt es vielleicht in einem anderen Ton, aber ich stehe

immer zu den gleichen Dingen. Warum muss man sich verstecken in irgendwelchen Hallen und warum ist es nicht zugänglich? (*Appl.*). Der Vizebürgermeister hat gesagt, das Ablehnen und Ersetzen des alten väterlichen Werte durch ein religiöses Anbeten der Menschenrechte habe zu den katastrophalen Zuständen geführt, die wir heute in Europa haben. Ich frage mich wirklich, wie kann ein Vizebürgermeister in einer Menschenrechtsstadt, wie es heute mehrmals betont ist, die Menschenrechte dermaßen verhöhnern? Wie geht das zusammen? Und ich frage Sie, was sind diese alten väterlichen Werte? Sind es die von 1945? Sind es die, die gegolten haben bis 1948, als die Konvention der Menschenrechte beschlossen wurde? Nämlich als Konvention in Abgrenzung zu diesen furchtbar düsteren Zeiten, die wir hatten. In Abgrenzung zu den Verbrechen des Holocaust. Sind es die alten väterlichen Werte? Ich möchte das wissen (*Allgem. Appl.*). Die Menschenrechte sind universell und unteilbar. Sie gelten für jeden Menschen und sie müssen die Basis sein für unser aller politisches Handeln von uns allen hier in der Politik. Ich habe es heute, heute war so ein kleiner Moment und das möchte ich nur sagen, was das heißt, im Alltäglichen. Wir haben heute gesprochen über die sogenannten Brennpunktschulen im Gemeinderat, da waren noch nicht so viele Menschen da, über die sogenannten Brennpunktschulen und die Elke Kahr hat betont, sie möchte nicht mehr über Brennpunktschulen reden. Ich verstehe, warum, weil in diesen Schulen sind Kinder und diese Kinder, wenn ich die Menschenrechte ernst nehme, jedes Kind ist gleich viel wert. Jedes Kind ist ein Kind dieser Stadt und was hat der Kollege Lohr da herausgerufen?: „Sagen wir gleich Ausländerschulen dazu.“ Das ist der kleine tägliche Rassismus, der passiert in einer Stadt und der nicht passieren darf (*Allgem. Appl.*). Und ich sage Ihnen noch ein zweites Zitat, das mir wirklich Angst bereitet und das auch zitiert wurde von diesem Kongress der Identitären. Da hat der Herr Vizebürgermeister gesagt, das gibt es auch auf Video: „Diese Vermehrungsrate der Einwanderer, die Vermehrungsrate übersteigt jene der autochthonen Bevölkerung um ein Vielfaches. Das ist keine Frage der Politik oder eine Ideologie, sondern ausschließlich die der Mathematik. Setzt sich die Entwicklung fort, werden wir Fremde im eigenen Land.“ Ich frage Sie, was ist das für eine Geisteshaltung hinter solchen Worten? Die Vermehrungsrate, mir wird ganz übel. Sie sagen es aber

offensichtlich nur an Orten, wo keine Medienvertreter sind. Sagen Sie uns heute, was Sie denken, sagen Sie das offen. Man kann offen diskutieren über gewisse Dinge. Aber, wie gesagt, gewisse Dinge sind außerhalb des Rahmens. Wenn wir Sie ernst nehmen, Herr Bürgermeister, und dass nur jedes ansatzweise Sympathisieren mit den vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Identitären eine Zusammenarbeit auf Regierungsebene ausschließen würde, dann würde ich davon ausgehen oder dann könnte ich mir vorstellen, wie Sie jetzt abstimmen, aber ich weiß nicht, wie ernst Sie das nehmen. Ich bin nicht hier und ich bin nicht angetreten als Mitglied des Stadtsenates, um politisches Kleingeld zu wechseln. Ich mag keine Spielchen spielen, dafür kennen Sie mich auch. Es interessiert mich nicht, Spiele zu spielen, dafür ist das alles jetzt viel zu ernst. Und was ganz besonders schlimm ist in diesem Zusammenhang, wenn wir so weitermachen, wenn Politik so weitermacht, dann verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die Politik. Mein Anspruch ist es, und das sollte unser aller Anspruch hier sein, unseren Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft zu leisten. Das sollten wir alle. Wichtig ist daher, und es hat die Kollegin Anna Rosch so schön gesagt, mit welcher Grundhaltung wir hier alle Politik machen. Das muss ein Grundkonsens sein, über alle Parteigrenzen hinweg und deswegen sehe ich nach wie vor diesen Misstrauensantrag als Angebot an Sie, werte KollegInnen von der ÖVP, sich davon zu distanzieren und Haltung zu zeigen. Danke
(Allgem. Appl.).

Bgm. Nagl:

Ich möchte das noch einmal betonen, weil mir das wichtig ist: Ich habe von diesem Bild gesprochen und ich glaube, das ist das, was uns in vielen Bereichen der Politik, vielleicht auch in Europa, momentan gerade fehlt. Ich habe bewusst auch die letzten Tage versucht, ein solches Bild zu finden, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und auf der Regierungsbank. Und, ich glaube, dass der Weg, Menschenrechtsstadt zu sein eigentlich traurigerweise auch wahrscheinlich gar nicht aufhören, sich darum bemühen zu müssen, dass die Menschenrechte auf der ganzen

Welt eingehalten werden. Und ich habe heute extra noch einmal betont, dass ich Leitplanken sehe. Ich möchte aber auch noch einmal betonen, dass es ein Großteil der Fraktionen, die heute einen Misstrauensantrag stellen, waren, die gesagt haben, falls mit einem Ultimatum, wenn der Herr Vizebürgermeister bis zum Montag sich nicht distanziert. Er hat es getan. Jetzt kann jeder darüber nachdenken, ob er das als vertrauenswürdig oder als nicht vertrauenswürdig sieht. Aber ich möchte noch einmal betonen, dass ich glaube, und das habe ich mitbekommen, deshalb habe ich es heute auch noch einmal betont, von meinem Vorgänger, dass wir alle gemeinsam auf diesem Weg bleiben sollten und uns nicht so weit auseinanderdividieren sollten. Und ich werde darauf achten, egal auf welcher Seite man diese Leitplanke verlässt, diesen Weg nach vorne zu gehen. Und wenn es jemand noch einmal tun sollte, dieses dezidierte Versprechen habe ich vorher nicht eingefordert. Aber es ist jetzt eingefordert worden und gekommen. Und es kann jetzt jeder selbst aus seiner Verantwortung heraus entscheiden. Der Misstrauensantrag steht in Ihnen zu als demokratisches Mitglied. Und ich habe das nicht gesagt, wie Sie, Frau Ussner, es gesagt haben, dass das jemand als böse oder sonst etwas bezeichnet hätte.

Zwischenruf GR. Dreisiebner: Frau Gemeinderätin Wutte.

Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin Wutte war es, Entschuldigung, pardon.

... Frau Gemeinderätin Wutte gesagt hat. So nach dem Motto, das sei nicht zulässig. Er ist zulässig. Ich hoffe nur, dass wir, wenn wir morgen wieder zusammenarbeiten, auch diesen Weg gemeinsam gehen wollen und dass sich unser Klima in der Stadt nicht verschlechtert. Weil ich es so schade finden würde, wenn ein solches Klima entsteht, wie wir es zum Teil auf anderen politischen Ebenen über Jahre schon erleben, weil wir hatten immer ein anderes Klima hier im Rathaus und das möchte ich nicht, dass sich das verschlechtert. Ich möchte auch nicht, dass das auf diese Stadt ausstrahlt, weil ich

glaube, dass es in dieser Alltagsradikalität, von der ich gesprochen habe, sehr viel für uns zu tun gibt. Wo ich hinkomme, sehe ich das in vielen Lebensbereichen und für das sollten wir arbeiten (*Allgem. Appl.*).

Ich habe Ihnen vorher schon gesagt, dass wir jetzt auch zu einer Abstimmung mit Stimmzettel kommen. Als Stimmzähler bestimme ich zwei Gemeinderatsmitglieder, die ich vorher auch schon gebeten habe, mir dabei zu assistieren und zu helfen. Herr Gemeinderat Dr. Peter Piffl-Percevic und Herr Gemeinderat Andreas Fabisch sollen als Stimmzähler fungieren. Wenn die notwendige Anzahl von mindestens zwei Dritteln aller Gemeinderatsmitglieder anwesend ist, ist der Gemeinderat beschlussfähig. Ich ersuche Sie nun, die Stimmzettel auszuteilen und die ausgefüllten Stimmzettel in die Urne zu werfen. Die Stimmzähler bitte ich, die Stimmen zu zählen. Ausgemacht ist gleich hier vorne neben der Regierungsbank und mir danach das Ergebnis mitzuteilen.

Des Weiteren mache ich noch darauf aufmerksam, dass für die Annahme des Antrages die Zustimmung von mehr als der Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates, also heute bei der Anwesenheitszahl von 46 von mindestens 24, erforderlich ist. Das steht im § 27 Abs 7 und § 25 Abs 2 des Statutes.

Zwischenruf Dr. Zwanzger: 25 Mitglieder müssen es immer sein, immer mehr als die Hälfte der Gemeinderäte, obwohl wir heute weniger sind.

Bgm. Nagl

Obwohl wir weniger sind. Danke vielmals, korrigiere mich. Es bleibt bei der notwendigen Anzahl von 25, egal wie viele heute da sind.

Der Misstrauensantrag wurde mit Mehrheit (19:27) abgelehnt.

außerordentliche Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019

Damit ist die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates um 19.30 Uhr.

Der Vorsitzende:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Schriftführer und Schriftprüfer

Der Schriftführer
Wolfgang Polz

Der Schriftprüfer
GR Mag. Andreas Fabisch

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter und Christiane Plank